

die CO₂-Reduzierungen um 40 Prozent im Jahr 2020 erreicht.

Angesichts der enormen Gefährdungspotentiale könne die Atomenergienutzung keine Alternative für den Klimaschutz darstellen. Das Risiko schwerer Störfälle, die unge löste Entsorgung der radioaktiven Abfälle, aber auch die drohende Weiterverbreitung von spaltbaren Materialien zum Bau von Atomwaffen

Saldo der deutschen Strom-Exporte und -Importe

Exportüberschuss in Terawattstunden (TWh) (1 TWh = 1 Milliarde Kilowattstunden = 10⁹ kWh; DUH 27.5.2008)

Jahr	Strommengen-Export bzw. - Import in TWh
1997	2,4
1998	0,6
1999	-1,1
2000	-3,0
2001	1,3
2002	-0,7
2003	8,0
2004	7,3
2005	8,5
2006	19,8
2007	19,0

seien gewichtige Gründe, die gegen die Atomenergie sprechen.

Wenn die großen Stromkonzerne jetzt die Atommeiler als Klimaretter verkaufen, sei das unglaubwürdig. Dieselben Konzerne, die bei Atomenergie vom Klimaschutz reden, wollten zudem mindestens 19 neue Kohlekraftwerke bauen. Das würde die CO₂-Emissionen für mindestens weitere 40 Jahre auf hohem Niveau fest schreiben. Die Atommeiler sollen lediglich deshalb länger am Netz bleiben und neue Kohlekraftwerke hinzukommen, um noch höhere Gewinne zu erzielen. Die Stromkonzerne wollten expandieren: Allein in den beiden letzten Jahren hätten sie jeweils rund 19 Terawattstunden (19 Milliarden Kilowattstunden) Strom mehr exportiert als importiert.

Das entspreche der Leistung von drei bis fünf großen Kraftwerken, die ausschließlich für den Stromexport betrieben werden.

Von den Gewinnen, die die Konzerne damit erlösen, gehe jedoch kaum etwas in den Ausbau der erneuerbaren Energien. Milliardenbeträge aber würden derzeit in den Neubau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken gesteckt.

Die Atomlobby verweise darauf, daß das für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorgesehene Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter genehmigt worden sei und die Klagen dagegen weitgehend abgelehnt worden sind, ergänzt Peter Dickel von der Koordination Endlagerstandorte. Sicherheitsrelevante Fragen jedoch, wie der für eine Million Jahre erforderliche Nachweis der Sicherheit oder die enormen Risiken der Atomtransporte zum Endlager, seien von den Gerichten nie behandelt worden.

Für den Standort Konrad und das in Gorleben angestrebte Endlager für hochradioaktiven Atommüll werde die Isolation des Atommülls von der Biosphäre für 1 Million Jahre versprochen, in Morsleben und vor allem in der ASSE II bei Wolfenbüttel habe es jedoch lediglich 40 Jahre gedauert, bis der Atommüll jetzt abzusaufen droht.²

Dramatisch sei die Situation bei der ASSE II. Dort könnte der Salzstock, in dem über 100.000 Atommüllfässer mit radioaktiven Abfällen lagern, einstürzen und mit Wasser volllaufen. Neue Studien zeigen, daß dann schon nach nur 150 Jahren die Radioaktivität an die Oberfläche gelangen kann und die Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung deut-

lich überschritten werden. Dabei seien katastrophale Abläufe auch vorher nicht auszuschließen.

Wer heute in der Auseinandersetzung um den Umgang mit Atommüll öffentlich ernst genommen werden will, könne sich nicht um die desaströsen Erfahrungen aus Morsleben und vor allem ASSE II herumdrücken. Alle Faktoren, die zum Scheitern der ASSE II geführt haben, seien von Anfang an von Anwohnern und unabhängigen Wissenschaftlern dargelegt worden. Politik und Betreiber hätten dieser Kritik widersprochen und sie geleugnet. Wurde die Bevölkerung belogen oder war die Wissenschaft nicht in der Lage, mit ihren Methoden das Offensichtliche wahrzunehmen, fragt Dickel? Solange diese wesentliche methodische „Randbedingung“ nicht geklärt sei, gebe es keinen Grund, sich über neue oder weitere Endlagerstandorte zu unterhalten. ●

Atomwirtschaft

RWE-Atom-Allianzen

Der Energiekonzern RWE will seine deutschen Kernkraftwerke, die wegen des Berliner Atomausstiegs stillgelegt werden müssen, durch neue Nuklearmeiler in Ost- und Südosteuropa ersetzen. Zu seinen Vorhaben gehört als besonders umstrittenes Projekt der Bau eines Atomkraftwerks in einem bulgarischen Erdbebengebiet. RWE will außerdem ein neues Nuklearprogramm der britischen Regierung nutzen und bietet für die Übernahme des größten britischen Energieerzeugers, British Energy.

Auf der Hauptversammlung der RWE AG am 17. April 2008 in Essen kündigte der Konzern eine „verstärkte Internationalisierung“ an. Dazu soll das Investitionsvolumen

um fast ein Drittel auf etwa 6,5 Milliarden Euro im Jahr erhöht werden. Rund die Hälfte der Gelder soll für die Erweiterung des Geschäfts außerhalb der deutschen Grenzen verwendet werden. Erklärtes Ziel ist es, den Anteil des Auslandsgeschäfts von derzeit gut einem Drittel (36 Prozent) auf rund die Hälfte anzuheben.

Umstritten bei einer kleinen Minderheit kritischer Aktionäre ist dabei der Ausbau der Kernenergie. Um die Reaktoren zu ersetzen, die im Zuge des im Jahr 2000 beschlossenen deutschen Atomausstiegs vom Netz gehen sollen, strebt RWE nach neuen Kernkraftwerkskapazitäten auf dem europäischen Markt. Als attraktive Standorte gelten vor allem die östlichen und südöstlichen EU-Länder, für die ein neuer Kernenergie-Boom vorausgesagt wird. In Rumänien, Bulgarien, der Slowakei und Litauen sollen neue Atomkraftwerke errichtet werden, auch Polen will ein erstes eigenes Kernkraftwerk bauen. Die Ukraine plant zwei neue Meiler, Rußland mindestens 20, auch Albanien sowie die Türkei hegen entsprechende Absichten.

Um an diesem Boom teilzuhaben, schreckt RWE nicht davor zurück, ein Kernkraftwerk in einem bulgarischen Erdbebengebiet zu bauen. Dort geht es um das derzeit größte Atomenergie-Vorhaben in der EU: Der bulgarische Energieversorger NEK sucht bis Jahresmitte einen Teilhaber für die Betreibergesellschaft eines neuen, 5,5 Milliarden Euro teuren Kernkraftwerks nahe dem Donaustädtchen Belene. Im Rennen sind nur noch RWE und die belgische Electrabel. Belene gilt als „Leuchtturm-Projekt“: Wer in Bulgarien gewinnt, empfiehlt sich damit auch für den Bau anderer Kernkraftwerke in Ost- und Südosteuropa. RWE – bulgarischen Medienberichten zufolge der Favorit für Belene – ist bereits am Kon-

² vergl. Strahlentelex Nr. 506-507 vom 7.2.2008, S.1-3, www.strahlentelex.de/Stx_08_506_S01-03.pdf und Nr. 502-503 vom 6.12.2007, S.1-2, www.strahlentelex.de/Stx_07_502_S01-02.pdf

sorium für die rumänischen Meiler beteiligt und hat auch bereits in Litauen vorgeschoben.

Auch in Westeuropa will RWE weiterhin Atomkraftwerke betreiben und errichten. Das besondere Interesse gilt derzeit Großbritannien, da die britische Regierung einen erheblichen Ausbau der Kernenergie in die Wege geleitet hat. Der deutsche Energiekonzern hat in den vergangenen Jahren einige britische Versorger aufgekauft und damit große Marktanteile erobert: er ist bereits der drittgrößte Energieversorger auf der Insel. Nun hat RWE ein erstes Gebot über 14 Milliarden Euro für den britischen Kernkraftwerksbetreiber British Energy vorgelegt. British Energy betreibt acht der zehn britischen Atommeiler, an deren Standorten neue Anlagen am leichtesten zu bauen wären. Der Übernahmekandidat wird damit als Schlüssel für das neue britische Atomprogramm angesehen.

Der deutsche Stromriese hat mit seinem Angebot das Bietergefecht gegen die ebenfalls interessierte Electricité de France (EDF) eröffnet. Der schwedische Energiekonzern Vattenfall, der in Deutschland stark präsent ist, will sich ebenfalls in den Übernahmepoker einschalten – möglicherweise gemeinsam mit dem zweiten deutschen Energieriesen Eon. Als Favorit im Bieterkampf um British Energy gilt allerdings die noch weitgehend staatliche französische EdF, die seit der Übernahme der London Electricity kräftig auf dem Strommarkt in Großbritannien mitmischte. Die britische Regierung, die derzeit einen Anteil von 35 Prozent an British Energy hält, hat Ende März angekündigt, beim Bau neuer Atomkraftwerke und beim Export von Nukleartechnik mit Frankreich kooperieren zu wollen.

Angesichts der machtpolitischen Verwicklungen gilt das

RWE-Angebot für British Energy als Störmanöver, mit dem der deutsche Einfluß auf die britisch-französische „Atom-Allianz“ gesichert werden soll. EdF könne mit stärkerem politischem Rückhalt rechnen, heißt es. Deshalb spreche einiges dafür, daß RWE nicht zum Zuge komme und vielleicht die Chance habe, einen kleineren Teil zu kaufen.

Quelle: www.german-foreign-policy.com

Berlin, 30.10.-1.11.2008

Konferenz über Endlagerung von Atommüll

Die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel angekündigte internationale Konferenz zur Endlagerung von atomaren Abfällen findet vom 30. Oktober bis zum 1. November 2008 in Berlin statt. Gabriel hatte im November 2007 bei einem Besuch in der Region Gorleben mitgeteilt, daß das Bundesumweltministerium eine Konferenz veranstalten werde, die sich mit Fragen der Standortsuche für ein atomares Endlager beschäftigt. Neben Experten aus Deutschland und anderen Staaten sollen auch Bürgerinnen und Bürger aus Regionen teilnehmen, in denen es bereits Lager für Atommüll gibt bzw. die dafür in der Diskussion sind, teilte das Bundesumweltministerium (BMU) mit. „Der Dialog untereinander“ solle dabei im Vordergrund stehen. Damit dies gelinge, würden die verschiedenen Gruppierungen bereits in die Planungen der Veranstaltung einbezogen.

Zentrale Themen der Konferenz sollen Fragen der Sicherheit eines Endlagers sowie gesellschaftliche Herausforderungen bei der Standortfindung sein. Die Sicherheit eines Endlagers fange nach An-

sicht Gabriels mit der Auswahl eines zweifelsfrei geeigneten Endlagerstandortes an, erklärt das BMU-Pressereferat. Hierzu brauche es klare Vorstellungen, welche Sicherheitsanforderungen an ein Endlager zu stellen sind, um dem Stand von Wissenschaft und Technik gerecht zu werden. Es reiche nicht aus, nur nach einem geeigneten Endlagerstandort zu suchen, sondern es müsse der am besten geeignete Standort ausgewählt werden. Gabriel lehne eine Vorfestlegung auf den Salzstock Gorleben als Atommüllendlager ab. Der Standort Gorleben müsse sich aber in einem bundesweiten Auswahlverfahren dem Vergleich

mit anderen Standorten stellen.

Gabriel: „Wir müssen vermeiden, daß nach jahrzehntelangen Arbeiten und Investitionen in Milliardenhöhe ernsthafte Zweifel an der Sicherheit eines Standortes und der Objektivität bei seiner Auswahl bestehen bleiben.“ Es gelte aus der Debatte um Gorleben zu lernen. Aber auch die Diskussionen um die Schließung der Schachtanlage Asse II oder Proteste gegen eine Endlagerung radioaktiver Abfälle im Zürcher Weinland zeigten, daß das Auswahlverfahren transparent und nachvollziehbar gestaltet und die Bevölkerung einbezogen werden müsse.

Verbraucherinformation

Das neue Auskunftsrecht kann nicht in Anspruch genommen werden

„Das neue Verbraucherinformationsgesetz (VIG) macht es der Öffentlichkeit nicht leichter, an Informationen über Lebensmittel zu gelangen.“ Zu diesem Schluß kommt ein von Greenpeace in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten. Das Verbraucherinformationsgesetz, das am 1. Mai 2008 nach fast sieben Jahren Bearbeitung in Kraft trat, beschränkt sich nur auf Lebensmittel und einige Produktgruppen wie Kosmetika und Reinigungsmittel. Ausgeschlossen sind Dienstleistungen und die meisten Waren. Auch behindere das komplizierte Antragsverfahren den Zugang zu aktuellen Informationen. Und zudem seien Behörden nur dann verpflichtet, aktiv die Öffentlichkeit zu informieren, wenn eine „akute“ Gefährdung der Gesundheit vorliegt. Das Ziel einer besseren Information der

Öffentlichkeit werde damit verfehlt.

Bei ihren kommunalen Behörden vor Ort können zudem die Bürger in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen das eigentlich ab 1. Mai 2008 geltende Verbraucherinformationsgesetz nicht in Anspruch nehmen. Das hat eine Recherche der Verbraucherrechtsorganisation foodwatch ergeben. Grund dafür ist, daß diese Länder nicht rechtzeitig die Rechtsgrundlage für die Behörden in den Gemeinden erlassen haben. In der Übergangszeit sei es völlig ungewiß, ob die Bürger dort Auskünfte über amtliche Fleischkontrollen, Messungen von Pestiziden in Gemüse oder